

# „Kirche findet Stadt“

*Kommunen müssen das Ziel umsetzen, ein attraktiver Ort für alle Menschen zu sein und inklusive Quartiere zu schaffen. Die Kirche mit ihren sozialen Diensten ist ein wichtiger Partner im Netzwerk.*

Petra Potz

IN DEN LETZTEN Jahrzehnten hat das Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung „Soziale Stadt“ die Bedeutung von Quartierspolitik eindrucksvoll belegt. Genauso deutlich wurde aber auch: Soziale Stadtentwicklung in den Quartie-

ren braucht „passgenaue“ längerfristige Organisationsformen. In keinem Quartier fängt man bei null an. Die Vielfalt der Quartiersakteure und die Komplexität der Themen erfordern personelle und institutionelle Kontinuität, Synergien

**Beim Nachbarschaftsfrühstück in Pfullingen gab es die Möglichkeit zur Begegnung.**



Bild: Samariterstiftung

und geteilte Verantwortung sowie einen „langen Atem“. Denn gerade benachteiligte Quartiere stehen immer wieder vor multiplen Herausforderungen. Dort wird es auf absehbare Zeit keine selbsttragenden Strukturen geben. Es ist daher an der Zeit, von einer degressiven Projektförderung zu nachhaltigen Lösungen mit entsprechenden Finanzierungsmodellen für die notwendigen stabilisierenden Aufgaben im Quartier zu gelangen.

Das Quartier bietet den Handlungsrahmen für soziale Gestaltungsprozesse. Die zukunftsichere Entwicklung von lebenswerten, integrationsfähigen Quartieren kann nur eine gemeinsame Aufgabe verschiedener Akteure sein. Die Kommune ist dabei Schlüsselakteur und Nadelöhr zugleich. Viele Ansätze unterschiedlicher Akteure vor Ort haben ähnliche Ziele vor Augen: den sozialen Zusammenhalt und die Verbesserung der Lebensqualität, eine Aufwertung des Wohnumfelds und der Lebenssituation der von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossenen Menschen, insbesondere in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Aber wie bündelt man die vielen ähnlichen Interessen, Inhalte oder Ziele, die man gemeinsam besser und stärker verfolgen kann?

## Neue Querschnittsaufgaben zeichnen sich ab

In der Arbeit der kirchlichen Wohlfahrtsverbände vollzieht sich aktuell ein Perspektiv- und Haltungswchsel: Mit sozialraum- und gemeinwesenorientierten Konzepten öffnen sie sich seit einigen Jahren zunehmend für den sozialen Nahraum.<sup>1</sup> Kirche und ihre Verbände verstehen sich dabei als Teil des Gemeinwesens und loten ihre Spielräume in neuen verbands- und handlungsfeldübergreifenden Netzwerken und Strukturen aus.

Diese verbandlichen Debatten und Praktiken einer grundlegenden Organisationsentwicklung verlaufen parallel zu den mit der Leipzig Charta (2007) postulierten sektorübergreifenden Ansprüchen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik: Gemeint ist die „gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen ... In diesem Prozess findet die Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht statt. Die Einbeziehung der wirtschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit ist hierbei unabdingbar.“<sup>2</sup>

Unter dem Titel „Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere“ arbeitet die bundesweite Plattform „Kirche findet Stadt“ die Potenziale dieser Multi-Akteurs- und Multi-Ebenen-Strategie für den kirchlich-verbandlichen Bereich heraus und zeigt strukturelle und förderpolitische Hemmnisse, aber auch Schnittmengen bei der Umsetzung auf. Die Innovation liegt in neuen Kooperationsformen und Allianzen in der Stadtentwicklung.<sup>3</sup> Sektorübergreifend werden Brücken zwischen Kommunen, Kirchen, kirchlichen Verbänden, Sozial- und Wohnungswirtschaft geschlagen. „Kirche findet Stadt“ unterstützt die Verständigung zwischen den verschiedenen Umsetzungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Mit neuen Denkmustern entwickeln sich experimentell „Erfahrungsräume“ vor Ort, die für die weitere Überzeugungsarbeit und Entwicklung der erforderlichen Innovationen im institutionellen Rahmen notwendig sind. Die Anforderungen an eine als integrierte Querschnittsaufgabe verstan-

dene soziale Daseinsvorsorge werden dabei neu ausgelotet.

Die „versäulte“ Handlungslogik bei Verbänden, aber auch in den Kommunen liegt oft quer zu den Bedarfen an integriertem Handeln und erfordert weitere Organisationsentwicklung sowie auch ein Angehen der Schnittstellenproblematik, die in den gesetzlichen Grundlagen der Hilfefelder (insbesondere SGB) angelegt ist. Ein Pendant zu diesen Überlegungen in strategischer Hinsicht findet sich auf Bundesebene: Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wird eine „ressortübergreifende Strategie“ erarbeitet. Darin wird eine Abstimmung der Verantwortlichkeiten für das Ziel „Soziale Integration“ erprobt, Aktivitäten und Programmatik der Nachbarressorts werden mit dem „Leitprogramm Soziale Stadt“ auf Synergien und Kopplungspotenziale geprüft.

### Schnittstellen: Sozial- und Stadtentwicklungspolitik

Wie können tragfähige Strukturen und Finanzierungsmodelle für partnerschaftliches Handeln in der Stadtentwicklung aussehen, um eine Praxis der sozialen Teilhabe und ein inklusives Gemeinwesen zu etablieren?

„Kirche findet Stadt“ hat vier quartiersrelevante Handlungsfelder mit wichtigen Fachlichkeiten und Kompetenzen kirchlich-verbandlichen Handelns identifiziert. Dort kommen sozial- und stadtentwicklungspolitisch relevante Ansätze zusammen und können diskutiert werden:

1. Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung;
2. generationenübergreifendes Zusammenleben;
3. Zentren und Orte der Begegnung und Integration;

4. Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion.

Anhand von 18 bundesweit ausgewählten kirchlich-verbandlichen „Pionierstandorten“ werden in den Handlungsfeldern verschiedene Kooperationsformen und die Bündelung von Ressourcen erprobt, um partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsfeste Stadtentwicklung verbindlicher zu etablieren. Bewährte Arbeitsprinzipien, Professionalität und Strukturen sowie freiwilliges Engagement sollen für neue Zusammenhänge und Allianzen gewonnen werden.

### Gegen Armut und Ausgrenzung im Wohnumfeld

Alle Menschen, mit und ohne Unterstützungsbedarf, sollen in einem Quartier oder Ortsteil gut miteinander leben können. Die Nähe zu den Menschen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld kann als eine entscheidende Stärke der Kirchen und ihrer (wohlfahrts-)verbandlichen Arbeit gesehen werden. Sie erfahren direkt, mit welchen Schwierigkeiten Bewohner(innen) konfrontiert sind, sind sich aber dieser besonderen Qualität ihrer Arbeit oft nicht bewusst. Die Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums und Überwindung materieller Armut ist Aufgabe der Sozialpolitik und kann im Quartier nicht geleistet werden. (Mit-)Ursachen und Folgen von Armut und Ausgrenzung können jedoch mit quartierbezogener Arbeit angegangen, abgefedert und zu überwinden versucht werden. Hier stellt die soziale Stadtentwicklung eine wichtige (Zukunfts-)Aufgabe der Kirchen und kirchlichen Verbände dar: Dabei muss die Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur mit den jeweiligen Fachkompetenzen eingenommen werden. Für eine Mitwirkung zum Beispiel an

kommunalen integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten gilt es für Kirchengemeinden und die einzelnen Fachdienste und Einrichtungen zu lernen, stärker strategisch, politisch und bereichsübergreifend zu arbeiten und sich hier mit ihrer spezifischen Ortskenntnis aktiv einzubringen.

## Generationenübergreifendes Zusammenleben

Soziale Infrastrukturen sind für eine verlässliche Daseinsvorsorge unerlässlich. Dienste und Einrichtungen müssen ihre Einzelfallhilfe mit gruppenübergreifenden präventiven Angeboten ergänzen. Maßnahmen und Anlaufstellen, die häufig einzelne Zielgruppen im Blick haben, wie Senioren- und Generationenprojekte, Engagementlotsen, Freiwilligendienste, Familien- und Jugendzentren und Mehrgenerationenhäuser, Demenzbegleiter, kulturelle und sportliche Angebote, Wohnberatungsstellen oder generationenübergreifende Wohnprojekte leisten wichtige Dienste, sind jedoch im räumlichen Zusammenhang verstärkt zu verzahnen. Dies gilt nicht nur in den städtischen Quartieren, sondern angesichts der demografischen Entwicklung besonders auch im ländlichen Raum.

Kirchen und ihre Verbände mit ihren Diensten und Einrichtungen besitzen für generationenübergreifendes Wirken spezifische Kompetenzen, Informationen, Zugänge und Ressourcen. Eine besondere Ressource liegt im freiwilligen Engagement. Dieses braucht eine hauptamtliche Einbettung. Zivilgesellschaftliches Engagement, wie es in vielen kirchlich-verbändlichen Strukturen vorhanden ist, kann viele Fähigkeiten und Ressourcen erschließen sowie die Perspektive der Bewohner(innen) aktivieren. Eine berufli-

che Begleitung, Weiterbildung und auch Koordination ist aufwendig, aber notwendig.

## Orte und Zentren der Begegnung und Integration

Ein Miteinander im Quartier braucht Raum für Begegnung und Partizipation. Viele gesellschaftliche Herausforderungen bilden sich auf lokaler Ebene ab und Antworten müssen (auch) im Quartier gefunden werden, etwa für die Integration von Menschen mit Fluchterfahrungen und Schutzsuchenden, die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, die Verhinderung von Ausgrenzung und Stigmatisierung. Notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung in diesen Feldern zu wirken ist es, Orte der Begegnung und des Miteinanderhandelns im Quartier zu schaffen. Diese müssen niedrigschwellig gestaltet, offen für alle und bemüht um alle sein.

Für den Betrieb solcher Begegnungszentren gibt es kein Patentrezept. Die geteilte Verantwortung ist in kommunalen wie kirchlich-verbändlichen Strukturen Neuland. Die Beteiligten müssen die Kriterien für die Träger- und Betreiberstruktur von Stadtteil-/Dorfzentren (rechtlich, organisatorisch, funktional) klären und im Laufe des Entwicklungsprozesses immer wieder überprüfen und anpassen. Verbindlichkeit und Verlässlichkeit unter den Partnern sind Voraussetzung für gleichberechtigtes Handeln und den Respekt vor Unterschiedlichkeiten aller Beteiligten.

Wenn das Baurahmen eines solchen Zentrums öffentlich gefördert wird, bestehen auch eine finanzielle Verantwortung und der Bedarf einer frühzeitigen Sicherung des anschließenden Betriebs. Auch hier braucht die ressortübergreifen-

de Zusammenarbeit eine entsprechende nachhaltig angelegte Finanzierung: Dies kann etwa die Inanspruchnahme der Städtebauförderung für die Investition der baulichen Umsetzung sein. Die für die Nutzung relevanten Ressorts, beispielsweise das Sozial-, Familien- oder Gesundheitsressort, sollten den laufenden Betrieb gewährleisten. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Einrichtung von Planstellen für Geschäftsführungs- beziehungsweise Managementaufgaben zu priorisieren.

### **Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion**

Ziel jeder Kommune muss es sein, ein attraktiver Ort für alle Menschen zu sein und inklusive Quartiere zu schaffen. Die Kommune trägt hierfür die politische Verantwortung und sollte initiativ sein. Es gilt, den Prozess der Verwirklichung von Inklusion positiv, als Ressource im Quartier zu kommunizieren und nicht als Umgang mit Defiziten zu begreifen. Vor dem Hintergrund einer staatlichen Gewährleistung der Daseinsvorsorge für alle ist es erforderlich, lange vernachlässigte Themen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu bringen: Perspektiven für junge Familien, bezahlbarer Wohnraum und Arbeitsplätze, „Mobilität“ für Menschen mit Beeinträchtigung etc. gelten teilweise bereits als Standortfaktoren – insbesondere auch für lebenswerte, attraktive ländliche Räume. „Natürliche“ Partner für ein vielfältiges und inklusives Quartier sind die Kirchen(gemeinden), die sich dem Sozialraum verpflichtet fühlen.

Die fallbezogene, an einzelnen Zielgruppen und Defiziten orientierte Finanzierungslogik des Sozialrechts erschwert sozialräumliches diakonisches Arbeiten, auch um Komplexeinrichtungen zu-

kunftsfest zu machen, verhindert es aber auch nicht völlig. Trotz der Finanzierung durch personenbezogene Beratung und Dienstleistung gelingt es Gesundheits-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen, sich zu aktiven und vernetzten Partnern in den Quartieren zu entwickeln. Es bleibt jedoch wichtig, auf politischer Ebene fallunspecifische und präventive Arbeit im Sozialrecht verbindlich stärker zu verankern.

Punktuell ist ein Austausch zwischen Jugend-, Sozial-, Gesundheitsressorts in den Kommunen vorhanden, die Stadtentwicklung ist bisher jedoch nur selten an ressortübergreifenden Arbeitskreisen beteiligt. In den stadtteilbezogenen integrierten Entwicklungskonzepten fehlt dieses Handlungsfeld oft. Inklusives Quartiersentwicklung und Leben in Vielfalt sind Themen, die positive Wirkung für die Menschen vor Ort entfalten. Es gilt sie daher verständlich und attraktiv aufzubereiten, um kommunale Verantwortungsträger zu überzeugen. Impulse sind dabei top-down und bottom-up zugleich notwendig.

Kirchen und ihre Verbände unterhalten kaum Kontakte zu Wohnungsbaugenossenschaften oder kommunalen Wohnungsbauunternehmen, obwohl diese für eine inklusive Quartiersgestaltung hochrelevant sind. Kirchliche Wohnungsbau-gesellschaften differenzieren ihre Rolle als mitgestaltender Partner sozialer Akteure, indem sie enge Verbindungen mit sozialen Dienstleistern und Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Prävention eingehen. Die Potenziale kirchlicher Flächen und Liegenschaften für einen über den sozialen Wohnungsbau hinausreichenden „Vielfalt ermöglichenden Wohnungsbau“ sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

## Sozialer Zusammenhalt findet im Quartier statt

Eine integrierte Quartiersentwicklung ist der Dreh- und Angelpunkt für den sozialen Zusammenhalt. Für die Etablierung kommunaler Netzwerkstrukturen braucht es eine politische Agenda, die weit über die derzeitigen Aktivitäten verschiedener Ressorts hinausgeht. Politische Rückendeckung ist für integrierte Quartiersprozesse unerlässlich: In den Kommunen muss soziale Quartiersentwicklung zur Pflichtaufgabe werden. Bedarf an integriertem kommunalen Handeln besteht insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Inklusion, Zuwanderung, Gesundheitsförderung, Mobilität, Besondere Lebenslagen.

## Was wollen die Menschen?

Durch einen stärkeren Quartiersbezug ihrer Arbeit können Kirchen, ihre Einrichtungen und Verbände ihre gesellschaftspolitische Rolle festigen beziehungsweise mehr Relevanz erlangen. Nicht selten zeigen sie sich jedoch als große Tanker mit wenigen wendigen Beibooten. Eine Haltungsänderung ist daher unerlässlich. Kirchen und ihre Verbände sollten weniger von der Perspektive ausgehen, welches Angebot die Gemeinde oder der soziale Dienst vorhalten möchten, sondern sich und vor allem auch die Menschen selbst stärker befragen, was vor Ort gewollt und gebraucht wird.

### Anmerkungen

1. *DEUTSCHER CARITASVERBAND: Solidarität im Gemeinwesen – Eckpunkte zur Sozialraumorientierung. Freiburg, 2013; DIAKONISCHES WERK DER EKD: Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als He-*

*erausforderung und Chance für Kirche und Diakonie. Stuttgart, 2007.*

2. *Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007.*

3. *Kirche findet Stadt (www.kirche-findet-stadt.de) wird als ökumenisches Kooperationsprojekt vom Deutschen Caritasverband zusammen mit Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gefördert.*

---

### Dr. Petra Potz

Stadtplanerin, Transferstelle Kirche findet Stadt, location<sup>3</sup> – Wissenstransfer, Berlin  
E-Mail: potz@location3.de